

Volks-Zeitung



Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 216 Nr. 168

Bezugspreis: monatlich 4.000.- mit Anhaltgebühren, Belegungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungen und Nachrichtenämter entgegen. **Halle-Saale** **Hallesche Halle-Saale:** Leipziger Straße 81/82, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6809 und 6810. — Postfachkonto Leipzig 20 512. **Hallesche Halle-Saale** **Hallesche Halle-Saale:** Leipziger Straße 81/82, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6809 und 6810. — Postfachkonto Leipzig 20 512. **Anzeigenpreis:** Die Spaltenzeile 30 mm breit mm-Grundgröße 300. — Kleine Anzeigen 25. — Sammlungen 30. — Die 5-spaltigen, 50 mm breit mm-Größenzeile 600. — A. Rabat nach Zeit, Zeitungsamt Halle-Saale

Dortzen in Paris an der Arbeit

Judas Dortzen hegt in Paris

Paris, 11. April.

Dr. Dortzen machte gestern einem Vertreter des „New York Herald“ längere Ausführungen, in denen er behauptet, daß in den ersten Tagen des Kampfes als Führer der rheinischen Separatbewegung von dem englischen Obersten Khan nach Paris berufen worden seien. Oberst Khan habe genehmigt, es sollte sofort die rheinische Republik ausgerufen werden (?), wofür die Separatführer 30 Millionen Pfund Sterling erhalten sollten. Dr. Dortzen habe dieses englische Angebot jedoch abgelehnt. Heute, erklärte Dr. Dortzen, könnte man anders handeln. Wenn man weiter Separatbestrebungen verpöndelt, werde sich über seinen Verpflichtungen entscheiden, und dies solange, bis Preußen sich wieder erhoben habe, um einen neuen noch schrecklicheren Krieg zu führen, als es der letzte war. Die Rheinlande wünschten Frankreichs Unterstützung (?), insbesondere die der französischen Regierung. Dortzen drückte seine Überzeugung aus, daß die öffentliche Meinung später oder früher die französische Regierung zwingen werde, in dieser Frage eine Initiative zu ergreifen. Nach einer Mitteilung des „Populaire“ befinde sich Dortzen in Begleitung des Generals Mangin die verschiedenen Zeitungserbaktionen.

Seitdem Emeis, offensichtlich für immer, als politischer Führer der rheinischen Separatisten erwidert ist, hält Dortzen an seinem feinen Ziel wieder fest gekommen, und sich in den Tagen des unterirdischen Bewegung zu scheuen. Er befindet sich seit einiger Zeit in Paris und führt offenbar französische Regierungsstellen zu einem aktiven Vorhaben in der Frage der gemeinsamen Schaffung der „unabhängigen“ rheinischen Republik vor. Seine Absicht, eine kleine, aber reichlich finanziell unterstützte, durch Unterirdische der Separatisten deren Bewegung in Fluss zu bringen, um dann einmal bei günstiger Gelegenheit die Abstimmung des „Willen des rheinischen Volkes“ vorzunehmen zu können. Wie üblich arbeitet Dortzen auch in Paris wieder mit den verschiedenen Verbänden der „unabhängigen“ rheinischen Republik zusammen. Er unterrichtet seine Mitarbeiter und Mitarbeiter der Unterirdischen von Frankreich, das allen Grund habe, sich gegen die deutsche Seite und gegen deutsche Nebensächlichkeiten zu scheuen. Seine Behauptung, daß während des Kampfes das englische Seite versucht worden sei, die rheinische Republik auszurufen, hängt reichlich unwahrscheinlich. Vermutlich soll mit dieser Legende der Zweck erreicht werden, England als Widersacher gegen die französischen Rheinlandpläne als „Schwächling“ hinstellen und damit die öffentliche Meinung der Welt im Sinne Frankreichs zu beeinflussen.

Es handelt sich bei dem Vorhaben Dortzens in Paris nicht nur um die eierlichste und vernünftigste Handlungweise, die ein Deutscher überhaupt begehen kann, es handelt sich gleichzeitig auch um Verbrechen, die durch deutsche Reichsorgane mit den schwersten Strafen bestraft sind. Es ist daher ein unmöglicher Zustand, daß Dortzen weiterhin in deutschen Landen — und das Rheinland ist laut Friedensvertrag noch immer ein ungetroffenes Teil des Deutschen Reiches — unangefochten leben und seine verwerfliche Tätigkeit ausüben kann. Sind die rheinischen Gerichte unter dem Terror der Rheinlandkommission nicht imstande, ihn fern Landweil zu legen, so ist es dringend notwendig, daß er durch Gerichtsverfahren im nichtbefreiten Gebiet, wenn auch nur in continentalrechtlicher Beurteilung, unter Gewiss erodiert, nachzuweisen, rechtsfähig beurteilt und, soweit erforderlich, wieder als beständig Strafgefangener der besonderen Lage, wie sie durch die veringerte deutsche Gerichtsbarkeit in den befreiten Gebieten nur entstehen ist, eingestuft werden. Es muß einmal gesagt werden, wo die freie Meinungsäußerung aufhört und das Verbrechen anfängt. Herrat muß als Verbrechen angesehen werden, wenn sie übertrag, daß ein solches Urteil manchen kühnen Mannes Gesicht im Rheinland helfen würde, sich auf dem richtigen Weg zu halten.

Bahnsperrung in Buer

Am Rubergebiet, 11. April.

Heute nacht wurde an der Bahnunterführung im Oberlauf in Buer eine Sperrung vorgenommen und ein Gleis zerlegt. Die Sperrung und mit der Bahnunterführung verbunden bildet einen Teil der militärischen Straße nach Heddinghausen.

Heute die Stadt Buer ist wegen der Sperrung eine Wache von 50 Millionen Mark verhängt worden, ferner eine erneute Straßensperre von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens.

Der Ort Gladbeck war vergangene Nacht wieder ohne Licht. Da die Franzosen weiterhin darauf bestehen, die beiden Rathhäuser Stände III und IV mit Waffen zu besetzen, so hat sich die Wehrhaftigkeit genügt, die Arbeit und selbst die Notstandsarbeiten einzustellen. Gladbeck wird von den besetzten Zügen mit Licht versorgt.

Münster, 11. April.

Heute morgen haben die Franzosen den Bahnhof Heddinghausen-Gladbeck besetzt, in Heddinghausen außerdem die Stadt und die Kreispolizei und in Heddinghof das Besatzungsamt. In Heddinghausen wurden drei Straßenbahnwagen, die versucht hatten, Gladbeck zu besetzen, in das unbesetzte Gebiet zu bringen, beschlagnahmt. In Heddinghausen wurde der gestrichelte Leiter des katholischen Klubs ohne Angabe von Gründen von den Franzosen beschlagnahmt und ausgewiesen. Die Franzosen haben eine neue Verordnung erlassen, nach der Kohlenwagen ohne Erlaubnisbescheinigung auf der Straße nicht gefahren werden dürfen, widrigenfalls ihre Beschlagnahme erfolgt.

Keine U-Bootmotoren bei Benz

Mannheim, 11. April.

Belanlich sind die Motorenwerke U. B. vorm. Benz, Abteilung stationärer Motorenbau, fast kurg von französischen Truppen besetzt und der Betrieb ruht seitdem. Am Montag war nun auf Veranlassung des deutschen Auswärtigen Amtes eine Kommission der nautischen internationalen Kommission im Werk, die schon früher dort kontrolliert hatte. Das Auswärtige Amt hatte die Direktoren nachdrücklich, daß die Kommission kommen würde, und daß ihr weitestgehendes Entgegenkommen bewiesen und jede Ausflüchtung erteilt werden solle. Das ist auch geschehen. Die Kommission, die unter Führung eines Italiener stand, gehörte noch ein Engländer und ein Franzose an. Die französische Besatzung im Werk gab die Erlaubnis, die Maschinen zu besichtigen und die Kommission stellte nach zweifelhafte Untersuchung fest, daß es sich um keine U-Boot-Motoren handelte.

Für eilige Leser

Der Reichspräsident Dortzen teilt in Paris eine rege Agitation für die Errichtung einer rheinischen Republik.

Im Reichstage gab heute in der ersten Sitzung nach dem Präsidenten Rede der Generaldirektor der Lagerverwaltung wurde schnell erledigt. Es standen nur kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung. Heute wird der Etat des Reichsausschusses und des Reichsministeriums beraten.

Der Bahnhof Heddinghausen-Gladbeck wurde von den Franzosen besetzt. Die Verhaftungen und Ausweisungen in den von Franzosen besetzten Gebieten dauern unvermindert an.

Müllerand wird am 30. Mai und 1. Juni das Elfaß besuchen.

Der Antrag des Reichsausschusses über den Staatsgerichtshof wurde dem Reichsausschuss über die Verfassung einer neuen Wehrmacht ausprobiert, woraufhin das Reichsausschuss ausgesetzt wurde.

Der Münchener „Rechten Nachrichten“ zufolge hat das Reichsausschuss den Reichsausschuss gegen die Wehrmacht von Reichsausschuss und den Kaufmann Gemes aufgehoben. Dagegen bleibt der Reichsausschuss gegen Reichsausschuss von Reichsausschuss wegen Anstiftung zum Mord in Kraft.

Im Unterhause hat die englische Regierung bei der Abstimmung über den Etat des Innern eine vielbesetzte Niederlage erlitten.

Das amerikanische Staatsdepartement hat der Frau des Reichsausschusses Kallin die Einreiseerlaubnis für eine Vertragsreise verweigert im Hinblick auf die Einrichtung Kallin.

Die Reichsausschuss Verhandlungen haben zu einer Einigung zwischen der Reichsausschuss und dem Reichsausschuss geführt; man rechnet mit einem Reichsausschuss-Kabinett.

Dollar amtl. 21089,64 G.

Die Niederlage der englischen Regierung

London, 11. April.

Die Niederlage der Regierung erfolgte bei der zweiten technischen Frage, ob die Beratung des Etats für den Budgetfortschritt fortgesetzt werden solle. Unmittelbar vor der Abstimmung fand die Aussprache über die Frage der Verwendung früherer Solodaten im Budget statt. Die Abstimmung über die technische Frage kam unerwartet. Viele Anhänger des Ministeriums waren abwesend. Es ist noch nicht bekannt, ob die Niederlage der Regierung politische Folgen nach sich ziehen wird, aber die technischen Folgen sind ernst, da das Haus durch seine Abstimmung beschlossen hat, den Etat für den Budgetfortschritt zu erörtern.

Bei Bekanntwerden der Niederlage der Regierung kam es gestern im Unterhause zu äußerst erregten Szenen. Als die Zahlen der Abstimmung bekanntgegeben waren, erhoben sich die Mitglieder der Opposition und brachen in langwierige Weisheitsreden aus. Mehrere Mitglieder wirkten mit Tafelgeschichten und warfen Schriftstücke in die Luft und schrien „Jura dretren!“ Nach einer Weile wurde die Sitzung abgebrochen. Die Weisheitsreden dauerten mehrere Minuten. Darauf fragte Macdonald, was die Regierung zu tun beabsichtigt und ob sie die Beratung des Hauses beantragen. Namens der Regierung befragte Leslie Colclough die Beratung auf Mittwoch. Das Haus gab dem Antrag statt unter ironischen Weisheitsreden der Opposition. Die Niederlage wird auf ein Versehen der Regierungsempfehlung zurückgeführt, die auf die Abstimmung nicht gefaßt waren.

Reuter meldet: In den Wandlungen des Unterhauses ist die Niederlage der Regierung eifrig besprochen worden. Die Anhänger des Ministeriums geben zu, daß trotz der technischen Frage, bei der die Regierung gescheitert ist, eine wichtige Lage geschaffen worden ist, und daß das Ansehen der Regierung gelitten hat. Wie verhalten, wird die Regierung wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit dem Hause den Antrag wieder unterbreiten, bei dem sie gescheitert ist, und so die heutige Abstimmung ansetzen, in welchen Falle keine Kritik entstehen würde.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht heute die gestrige Niederlage der Regierung im Unterhause, für die die Regierungspresse größtenteils die Regierungsempfehlung verantwortlich macht. Der Reichsausschuss hat die Regierungsempfehlung, unter den Anhängern der Regierung, die an der Abstimmung teilnahmen, sei keine Meinung vorhanden gewesen, die Aufgabe zu verfeinern, daß die Niederlage angesehen werden muß als ein sehr unangenehmer Stoß für das Ministerium. Erste Folgen würden jedoch nicht daraus entstehen.

Laut „Times“, die die Niederlage auf die Abwesenheit zahlreicher konservativer Mitglieder zurückführt, stimmten einige Mitglieder der konservativen Partei gegen die Regierung. Die National-Liberalen Mitglieder stimmten mit den Unabhängigen Liberalen und der Arbeiterschaft gegen die Regierung.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, es sei ein Vorzeichen der Enttäuschung gewesen. Die Abstimmung war gefaßt, aber es ist ein Symptom der aus der Unzufriedenheit entstehenden Gleichgültigkeit der Regierungsanhänger mit einem Reichsausschuss, der offensichtlich handelt und einem Kabinett, das in der Zusammenkunft das schwächste ist, dessen man sich erinnern kann und einer launenhaften Anhängerschaft sei es klar, daß Veränderungen im Kabinett eintreten müßten, wenn der Zwischenfall von gestern abend sich nicht wiederholen sollte unter Umständen, die nicht unberücksichtigt gelassen werden können.

Die konservativen „Morningpost“ bezeichnet die gestrige Niederlage der Regierung als schlichten Anfang und ein sehr ernstes Vorzeichen. Man könne jedoch glücklicherweise glauben, daß die Lage wiederbegegnung sei. Der gestern abgegebene Antrag könne von der Regierung wieder unterbreitet werden und werde dann zweifellos mit einer ansehnlichen Mehrheit angenommen.

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt, Bonar Law's Gesundheit habe das Thema zahlreicher Erörterungen in politischen Kreisen. Es sei unter diesen Umständen nicht überraschend, daß das Gerücht weiterbräutet, daß der Premierminister gezwungen sein könnte, sein Amt niederzulegen oder einige der konservativen Führer aus der vorzeitigen Resignation zu überreden, wieder in die Regierung einzutreten.

